

Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten beim Online Dienst Wohngeld

(Informationspflicht nach Art. 13 DSGVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Ziel des Online Dienstes Wohngeld ist es, Ihre Antragsdaten direkt zur zuständigen Wohngeldbehörde zu übermitteln. Die Daten werden erhoben, auf eigenen Wunsch zwischengespeichert, übermittelt und nach einer erfolgreichen Übermittlung wieder gelöscht.

Die daran anschließende Prüfung Bearbeitung, Speicherung, Berechnung und Bescheidung von Wohngeldanträgen sowie die Aufbewahrung der Daten gemäß Ziffer 6 läuft davon getrennt in der Wohngeldbehörde unter Zuhilfenahme des jeweiligen Verwaltungs- und Fachverfahrens Wohngeld ab. Damit verbunden ist auch die Weitergabe der Daten an nachgelagerte Verwaltungsinstitutionen gemäß Ziffer 5.

Mit diesen Datenschutzhinweisen werden Sie nachstehend gemäß Art. 13 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer Daten informieren.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher für den Online Dienst Wohngeld ist das Zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein, Referat StK 30 – Grundsatzangelegenheiten Digitalisierung und E-Government, Niemansweg 220, 24106 Kiel, Email: poststelle@stk.landsh.de.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Rahmen des Verwaltungs- und Fachverfahren „LÄMMkom LISSA“ im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist die Stadt Heiligenhafen, vertreten durch den Bürgermeister Herrn Kuno Brandt, Am Markt 4-5, 23774 Heiligenhafen, Telefon: 04362/906-6, E-Mail: info@heiligenhafen.de, Internet: www.heiligenhafen.de.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Für Datenschutzbelange im Rahmen des Online Dienstes Wohngeld:
Land Schleswig-Holstein, Email: dsb-zit@stk.landsh.de

Für die Datenschutzbelange im Rahmen des verwaltungs- und fachverfahren Wohngeld:
Der Bürgermeister, behördliche Datenschutzbeauftragte Frau Sabrina Rattunde, Markt 4-5, 23774 Heiligenhafen, E-Mail: sabrina.rattunde@heiligenhafen.de, Telefon: 04362-9 06-710, Internet: www.heiligenhafen.de.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

a) Zwecke der Verarbeitung

Die im Online Dienst Wohngeld relevante Datenverarbeitung dient dem Zweck Sie bei der Antragstellung digital zu unterstützen und damit einen barriere- und medienbruch-freien Zugang zu der Verwaltungsleistung Wohngeld zu ermöglichen (Onlinezugangsgesetz). Die Weiterleitung an das Verwaltungs- und Fachverfahren Wohngeld erfolgt, um den Vollzug des Wohngeldgesetzes (im folgenden WoGG) zu ermöglichen – das heißt die Überprüfung, Bearbeitung, Berechnung und Bescheidung von Wohngeldanträgen.

b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und e DSGVO in Verbindung mit insbesondere:

- Wohngeldgesetz (WoGG)
- Onlinezugangsgesetz (OZG)
- Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X)

verarbeitet.

c) Verarbeitung Kategorien personenbezogener Daten

- Personenbezogene Daten im Sinne der natürlichen Person des Antragstellers (allgemeine Personendaten)
- Personenbezogene Daten aus dem Tätigkeits-, Verdienst-, Vermögens- und Wohnumfeld des Antragstellers
- Personenbezogene Daten für die Durchführung der finanziellen Transferleistung Wohngeld
- IP-Adresse bei der Nutzung des Dienstes

d) Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Online Dienst Wohngeld werden insbesondere folgende personenbezogene Daten über das Antragsformular erhoben:

- Details zur Antragstellenden Person
- Erhalt von Transferleistungen
- Angaben zur Höhe der Einnahmen
- Abgaben
- Werbungskosten
- Veränderung von Einnahmen
- Angaben zu Kinderbetreuungskosten
- Angaben zur Schwerbehinderung
- Angaben zu Opfer nationalsozialistischer Verfolgung
- Angaben zur Unterhaltszahlung
- Angaben zu Unterhaltsansprüchen
- Angaben zu ehemaligen Einnahmen
- Angaben zum Vermögen
- Adresse der Wohnung, für die Wohngeld beantragt wird
- Angaben aktuelle Wohnung der antragstellenden Person
- Angaben über Wohngeld für eine andere Wohnung
- Angaben zur Förderung der Wohnung mit öffentlichen Mitteln
- Aktuelle Haushaltsmitglieder
- Veränderungen zum Tod eines Haushaltsmitglieds
- Angaben zur zukünftigen Anzahl der Haushaltsmitglieder
- Angaben zu Umzug oder Auszug
- Mietverhältnis
- Verwandtschaftsverhältnis zum Vermieter
- Angaben zur Größe der Wohnung
- Details zur Miete
- Zusätzliche Angaben zur sonstigen Nutzung des Wohnraums
- Fragen zur Zahlung des Wohngeldes
- Wichtige Hinweise

Der Antragsteller hat die Möglichkeit, den Antrag auszudrucken und postalisch an die Wohngeldbehörde zu schicken oder elektronisch an das Verwaltungs- und Fachverfahren Wohngeld zu übermitteln.

Um eine ordnungsgemäße Verarbeitung zu gewährleisten erfolgt eine Protokollierung. Dabei ist zwischen einer technischen und einer fachlichen Protokollierung zu unterscheiden. Während die technische Protokollierung keine personenbezogenen Daten enthält, wird bei der fachlichen Protokollierung (Aufzeichnen der fachlichen Verarbeitungsschritte) die IP-Adresse verarbeitet. Die fachliche Protokollierung dient u.a. dazu, im Störfall Analyseaktivitäten durchzuführen. Eine fachliche Protokollierung kann immer nur zeitlich begrenzt ausgeführt werden sowie mit vorheriger Zustimmung des zuständigen Datenschutzbeauftragten.

Sind die Daten erfolgreich an das Verwaltungs- und Fachverfahren Wohngeld übermittelt, erfolgt auf der Basis der erhobenen und ermittelten Daten die Prüfung, Bearbeitung, Berechnung und Bescheidung des Wohngeldantrages.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

a) Weitergabe personenbezogener Daten im Rahmen des Online Dienstes Wohngeld

- Zuständige Wohngeldbehörde, um den Wohngeldantrag zu bearbeiten, zu prüfen und einen Bescheid zu erstellen.
- Die Datenverarbeitung im Rahmen des Online Dienstes Wohngeld erfolgt auf der IT-Infrastruktur der Dataport AöR, die im Auftrag des Verantwortlichen (das Zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein) den Online-Dienst betreibt.

b) Weitergabe personenbezogener Daten im Rahmen des Verwaltungs- und Fachverfahrens Wohngeld

Ihre personenbezogenen Daten können im Rahmen der Bearbeitung an folgende Kategorien von Empfängern weitergegeben werden:

- Sozialleistungsträgern (z. B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Amt für Soziale Hilfe, Familienkasse, Unterhaltsvorschussstelle, Ämter für Ausbildungsförderung) nach §§ 3, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X sowie § 33 Abs. 2 Nr. 4, Abs. 3 WoGG
- Datenstelle für Rentenversicherung nach § 33 Abs. 3 WoGG, § 20 WoGV
- Deutsche Post AG und Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nach § 33 Abs. 2 Nr. 7, Abs. 3 WoGG
- Finanzamt nach § 21 Abs. 4 SGB X
- Bundeszentralamt für Steuern nach § 33 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3 WoGG, § 20 WoGV
- Wohngeldstatistik (z.B. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistische Bundesamt, Bundesministerien) nach §§ 34 - 36 WoGG
- Meldebehörden nach § 33 Abs. 3 WoGG, § 20 WoGV
- Polizeibehörden, Staatsanwaltschaft, Gerichte nach §§ 68,69 SGB X

6. Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten

Um es Ihnen im Falle einer technischen oder zeitlichen Unterbrechung zu ersparen, Ihre Daten erneut in die Antragsmaske einzugeben, besteht im Online Dienst Wohngeld die Möglichkeit einer zeitlich begrenzten Zwischenspeicherung der Antragsdaten, die Sie jederzeit aktivieren/inaktivieren können. Nach der Übermittlung an das Verwaltungs- und Fachverfahren Wohngeld bzw. nach einem erfolgreichen Ausdruck des Antrages werden die Daten im Online Dienst Wohngeld sofort gelöscht.

Personenbezogene Daten werden von der Wohngeldbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung des Wohngeldgesetzes nicht mehr benötigt werden (vgl. § 33 Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 Satz 6 und 7, § 35 Abs. 2 Satz 2 WoGG, § 19 Abs. 4 und § 20 Wohngeldverordnung) und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (vgl. Teil A Nr. 24.01 Wohngeld-Verwaltungsvorschrift: Aufbewahrung längstens zehn Jahre, um z. B. Entscheidungen über rückwirkende Änderungen bzw. bei Rechtswidrigkeit zu ermöglichen, § 27 Abs. 4 Satz 3 und § 33 Abs. 2 Satz 2 WoGG, § 45 Abs. 3 Satz 4 SGB X). Innerhalb der vorstehend genannten Fristen besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Bitte wenden Sie sich bei Beschwerden an die zuständige Stelle.

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD),
 Holstenstraße 98, 24103 Kiel,
 Telefon: 0431/988-1200,
 Fax: 0431/988-1223,
 E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt des ULD unter <http://www.datenschutzzentrum.de> entnehmen.

Stand: November 2022